



INHALT SEPTEMBER 2009

SEITE 1

MIGRATION UND ANTIRASSISMUS

Synopse der Wahl- und Regierungsprogramme zur Bundestagswahl
ZAHLENWERK
Arbeitslosenquote AusländerInnen und Deutsche – Januar bis Juni 2009 und Veränderung gegenüber Vorjahresmonat

SEITE 2

DER BERUF ALS GOLDENES ARMBAND

Initiative zur Verbesserung der Ausbildung türkeistämmiger Jugendlicher
AKTIV 2009
Wettbewerb des Bündnisses für Demokratie und Toleranz
FANPROJEKTE GEGEN RASSISMUS
Beispiele für erfolgreiches Engagement im Fußball
ABLAUF DES ASYLVERFAHRENS
Info-Flyer des BAMF

SEITE 3

FÜR EINE NACHHALTIGE MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITIK

Anforderungen des DGB an die Arbeit der künftigen Regierung
KOBLENZ AKTIV
Mehr MigrantInnen in öffentliche Verwaltung
SONNTAGSFRAGE
So würden Zuwanderer aus der Türkei wählen
RÜCKFALL IN DULDUNG DROHT
PRO ASYL fordert Überarbeitung der Bleiberechtsregelung
MIGRATION ALS CHANCE
Positionen und Anregungen der GEW

SEITE 4

ZUR BUNDESTAGSWAHL: EINWANDERER/INNEN BENÖTIGEN RECHTLICHE SICHERHEIT

Kommentar von Hiltrud Stöcker-Zafari, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

MIGRATION UND ANTIRASSISMUS

Synopse der Wahl- und Regierungsprogramme zur Bundestagswahl

Dass am 27. September Bundestagswahlen stattfinden, ist in den Stadtbildern nicht mehr zu übersehen. Die Parteien haben ihre Positionen und Forderungen in Wahl- bzw. Regierungsprogrammen festgelegt. Im Mittelpunkt stehen Vorschläge und Strategien zur Bewältigung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Daneben sind zu praktisch allen politischen Handlungsfeldern Bewertungen und Handlungsvorschläge zu finden, so auch zu den Themen Migration und Antirassismus. Unter diesem Blickwinkel hat der DGB die Programme verglichen und die Ergebnisse in einer Synopse festgehalten.

Der Stellenwert von Integration ist bei allen Parteien ziemlich weit oben angesiedelt. So ist sie bei der SPD eines der acht grundlegenden Ziele, die im Mittelpunkt einer künftigen

Regierungspolitik stehen sollen. Auch bei der CDU/CSU ist sie einer der zehn wichtigsten Punkte für die kommende Legislaturperiode. Allerdings zählt sie nicht zu den sechs Zukunftsprojekten, die sich die Unionsparteien vorgenommen haben.

Im ersten Teil der Synopse werden gewerkschaftliche Positionen mit denen verglichen, die in den Programmen formuliert sind. Unter dem Stichwort „Integration und Teilhabe“ ist festgehalten, dass sowohl SPD als auch Grüne explizit eine Kultur der Anerkennung fordern, wozu neben dem Sprachenwerb auch die Förderung der Herkunftskulturen zählt. Die SPD lehnt eine Leitkulturdebatte ab, „denn sie ist mit der Idee von Freiheit und Gleichheit nicht vereinbar“. Die CDU/CSU betont, dass erst die von ihr durchgesetzte Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung einen Konsens über Integration möglich gemacht habe. Erfolgreiche Integration ist für sie die „Identifikation mit unserem Land, gleichberechtigte Teilhabe und Verantwortung“.

Weit gehende Übereinstimmung gibt es zum Beispiel bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Eine klare Differenz ist beim kommunalen Wahlrecht zu erkennen: SPD, Grüne und Linke sind dafür, die CDU/CSU lehnt es ab. Die FDP hat sich nicht positioniert.

Im zweiten Teil werden die Aussagen der Parteien zu verschiedenen Themenfeldern unmittelbar gegenübergestellt. Zu den Themen zählen unter anderem Bildung, Flüchtlinge und Asyl, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung sowie Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

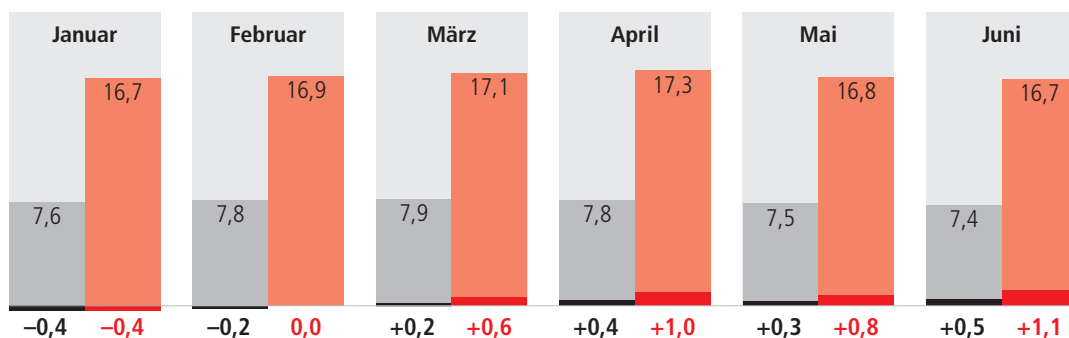
Die Synopse „Migrations- und Antirassismuspolitik im Wahlkampf 2009 – Wahl- und Regierungsprogramme der Parteien im Vergleich“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/bw09_synopse

ZAHLENWERK

Arbeitslosenquote AusländerInnen und Deutsche – Januar bis Juni 2009 (in Prozent) und Veränderung gegenüber Vorjahresmonat (in Prozentpunkten)

■ = Deutsche, ■ = Ausländer



Daten: Bundesagentur für Arbeit (Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer) Juni 2009

Die Daten zeigen, dass die Arbeitslosenquote im ersten Halbjahr 2009 nicht durch die Krise bedingt hochge-

schnellt ist. Ein entscheidender Grund dürfte in der verbesserten Kurzarbeitsregelung liegen. Zu beobachten ist allerdings, dass sich bei der Quote der ohnehin enorme Abstand zwischen Deutschen und Ausländerinnen/Ausländern noch leicht erhöht hat. In

Bezug auf die Veränderung zum Vorjahresmonat fällt auf, dass trotz der von April bis Juni sinkenden Quote die Situation im Vergleich zum Vorjahr sich verschlechtert hat, und zwar bei Ausländerinnen/Ausländern deutlich stärker als bei Deutschen.

DER BERUF ALS GOLDENES ARMBAND

Initiative zur Verbesserung der Ausbildung türkeistämmiger Jugendlicher

Die große Mehrheit von Eltern türkischer Herkunft wollen, dass ihre Kinder eine gute Ausbildung absolvieren. Tatsächlich aber haben rund 38 Prozent dieser Jugendlichen keine berufliche Ausbildung, bei den Deutschen sind es acht Prozent. Die Gründe für diesen Widerspruch sind vielfältig. Sie beginnen damit, dass viele Eltern, gerade jene, die Sprachprobleme haben, sich im deutschen Bildungssystem und im System der dualen Ausbildung nicht auskennen. Ein anderer Grund: Junge Leute mit Migrationshintergrund haben erschwerte Zugangschancen in die Ausbildung. Im Jahr 2006 fanden nur 26 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund einen Platz in der betrieblichen Ausbildung, der Wert für Bewerberinnen und Bewerber ohne Migrationshintergrund lag bei 40 Prozent.

Auch müssen Kinder von Zuwanderern bei gleicher Qualifikation drei bis viermal so viele Bewerbungen schreiben, bis sie zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen werden – so die Ergebnisse einer OECD-Studie von Ende 2007. Allein ein türkisch klingender Name kann z.B. dazu führen, dass eine Bewerbung abgelehnt wird.

Ein weiterer Grund sind mangelnde schulische Abschlüsse und sprachliche Schwierigkeiten. Bei einer ganzen Reihe von türkeistämmigen Kindern und Jugendlichen bezieht sich das sowohl auf die deutsche wie auf die türkische Sprache.

Diese und andere Fakten und Zusammenhänge hat der Arbeits- und Sozialattaché im Türkischen Generalkon-

sulat in Stuttgart, Metin Erdogan, in einem Bericht zusammengefasst und veröffentlicht. Ihm geht es aber nicht nur um eine Bestandsaufnahme, vielmehr zieht er Schlüsse, wo gehandelt werden kann, um die Situation zu verbessern. Auf Erdogans Anregung hin hat das Generalkonsulat die Initiative „Meslek Altın Bilezikli“ (MAB) gegründet. Der Name ist ein türkisches Sprichwort und heißt auf Deutsch: Ein Beruf ist ein goldenes Armband.

Die Initiative zielt darauf, alle Beteiligten zur Erreichung und ihnen die Wichtigkeit von Ausbildung zu vermitteln, aber auch Wege aufzuzeigen, was gemacht werden kann. Die Beteiligten sind türkeistämmige Jugendliche und ihre Eltern, Migrantenorganisationen und -initiativen, Multiplikatoren wie türkische Lehrer oder Imame, türkische Unternehmen. Aber auch Vertreter der deutschen Mehrheitsgesellschaft werden einbezogen. So waren auf einer Informationsveranstaltung Ende Juni in Stuttgart unter anderem Vertreter des DGB, der IHK, der Handwerkskammer, der Arbeitsagentur und des Schulamts vertreten.

Die Initiative MAB hat im Übrigen ein Vorbild. Vom Türkischen Generalkonsulat in Köln wurde sie vor mehr als fünf Jahren initiiert (siehe Forum Migration Februar 2003) und arbeitet bis heute. Der Anstoß kam auch damals von Metin Erdogan, der seinerzeit dort Arbeits- und Sozialattaché war.

Der Bericht „Die Ausbildung türkeistämmiger Jugendlicher“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/mab

Kontakt:

Arbeits- und Sozialattaché im Türkischen Generalkonsulat

Kernerstraße 19/B

70182 Stuttgart

Telefon 07 11/2 86 52 70

AKTIV 2009

Wettbewerb des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

Zum neunten Mal in Folge sucht das Bündnis für Demokratie und Toleranz vorbildliche und nachahmenswerte zivilgesellschaftliche Aktivitäten für ein gleichberechtigtes Miteinander und gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt. Dabei geht es darum, die Vielfalt der Aktivitäten aufzuzeigen und andere zu motivieren, sich auch zu engagieren.

Die besten Projekte werden vom Beirat des Bündnisses ausgewählt und mit zahlreichen Geldpreisen zwischen 1.000 und 5.000 Euro ausgezeichnet.

Handlungsfelder der Projekte können unter anderem sein: Engagement gegen Diskriminierung, Förderung von Integration, insbesondere unter aktiver Beteiligung von Migrantinnen und Migranten, Maßnahmen zur Gewaltprävention. Die Aktivitäten sollen auf maximal fünf DIN A4-Seiten dargestellt werden und Angaben zu Zielgruppe, Aktionsform, Methodenwahl und Wirkungsgrad enthalten.

Die Registrierung erfolgt online www.buendnis-toleranz.de/aktiv-09, Einsendeschluss für die Unterlagen ist der 16. Oktober 2009.

Weitere Informationen unter:

www.buendnis-toleranz.de

FANPROJEKTE GEGEN RASSISMUS

Beispiele für erfolgreiches Engagement im Fußball

Anfang August ging ein gut vernehmliches Aufatmen durch viele Kehlen in Deutschland. Die Fußball-Bundesliga ist in die neue Saison gestartet. Damit ist auch eine Broschüre wieder aktuell, die bereits im März anlässlich der Internationalen Woche gegen Rassismus erschienen ist. Geschildert werden Fanprojekte die aktiv gegen rassistische und rechtsradikale Tendenzen in den Stadien und im Umfeld der Fußballvereine vorgehen. Titel: „Unsre Kurve – kein Platz für Rassismus.“ Herausgeber sind der Interkulturelle Rat, die Koordinierungsstelle Fanprojekte (KOS) bei der Deutschen Sportjugend und die Initiative „Am Ball bleiben – Fußball gegen Rassismus und Diskriminierung“ der Sportjugend.

Ein wichtiges Merkmal der erfolgreichen Fanprojekte liegt darin – so Michael Gabriel von der KOS –, dass sie sich an den spezifischen Bedin-

gungen in den jeweiligen Fanszenen orientieren. „Was in Jena geklappt hat, muss in Hamburg nicht unbedingt funktionieren, kann aber etwas abgewandelt in Offenbach erfolgreich sein.“ Und Gabriel verweist darauf, dass die Arbeit langfristig angelegt sein muss.

Wie unterschiedlich und kreativ Fanprojekte ihr Engagement umsetzen, zeigen Beispiele von Augsburg bis Wolfsburg. Dass die Arbeit Erfolge bringt, belegt eine Untersuchung des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, wonach „sichtbares und hörbares fremdenfeindliches und rechtsextremes Verhalten auf den Rängen in den Stadien in den letzten Jahren zurückgegangen, aber nicht verschwunden ist“. Es geht also darum, am Ball zu bleiben.

„Unsre Kurve – kein Platz für Rassismus“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/unsre_kurve

ABLAUF DES ASYLVERFAHRENS

Info-Flyer des BAMF

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ So lapidar formuliert das Grundgesetz in Artikel 16d eines der Grundrechte der Bundesrepublik Deutschland. Was das in der Praxis heißt, wie ein Ausländer bzw. eine Ausländerin als asylberechtigter aner-

kannt wird oder auch nicht, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) jetzt in einem Flyer anschaulich dargestellt.

Dabei geht es um das Anerkennungsverfahren, das jemand, der sich auf das Asylrecht beruft, durchlaufen muss. Festgelegt ist dies im Asylver-

fahrensgesetz. Zuständig für die Durchführung der Asylverfahren aller Asylbewerber ist das BAMF. Der Flyer informiert über den Ablauf des Asylverfahrens, von der Antragstellung über die Anhörung bis zur Entscheidung und deren Folgen. Dieser Ablauf ist auch in einer grafischen Darstellung veranschaulicht.

Der Flyer kann (auf Deutsch und Englisch) im Internet heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/bamf_asylverfahren_de

(Deutsch) und

www.migration-online.de/bamf_asylverfahren_en

(Englisch)

FÜR EINE NACHHALTIGE MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITIK

Anforderungen des DGB an die Arbeit der künftigen Regierung

Der DGB hat in einem Positionspapier – „Partizipation statt Ausgrenzung – Forderungen an die künftige Regierungspolitik zu Migration, Integration und Antirassismus“ – seine Anforderungen an die zu wählende Bundesregierung deutlich gemacht.

Menschen mit Migrationshintergrund sind konstitutiver Teil des Einwanderungslands Deutschland. Sie sind Teil der kulturellen Vielfalt in den Kommunen, spielen eine wichtige Rolle in der Kultur und im Sport, sie sind Bestandteil der Arbeitswelt. Als Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute vertreten sie die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von deren Herkunft.

Dies ist ein Teil der Realität. Den anderen beschreibt der DGB so: „Gleichwohl bestehen insbesondere strukturelle Benachteiligungen in fast allen Lebensbereichen fort. Das gilt für die frühkindliche Bildung, für die allgemein bildenden Schulen, die Berufsausbildung und Fortbildung und den Beschäftigungsbereich. Migrantinnen und Migranten sind häufiger von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen als die Bevölkerungsgruppe ohne Zuwanderungsgeschichte.“

Der DGB sieht durchaus Fortschritte in der Integrationspolitik. So haben der DGB und die Gewerkschaften aktiv den Prozess der Entwicklung des Nationalen Integrationsplans begleitet und beteiligen sich an der Umsetzung. Denn obwohl der NIP strukturelle Integrationshemmnisse und rassistische Einstellungen ausblendet, „ist er ein wichtiger Baustein

zur Entwicklung einer nachhaltigen Integrationspolitik“. Deshalb müssten weitere Umsetzungsschritte und eine Weiterentwicklung des NIP angegangen werden.

Als positiv bewertet der DGB auch, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verabschiedet wurde. Die Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes allerdings steht unter massiver Kritik – zum Beispiel auch im Bundestag. Besonders bemängelt werden die Vorarbeiten zum Bericht der ADS und die Beteiligung des Beirats.

Insgesamt werden in dem Positionspapier die verschiedenen Bereiche von Migrations-, Integrations- und Antirassismuspolitik diskutiert – das reicht von Partizipation über Kultur der Anerkennung bis zu einer gemeinsamen Einwanderungspolitik.

Eines aber ist dem DGB dabei wichtig: „Der DGB und die Gewerkschaften fordern den Bundestag und die Bundesregierung auf, die Einwanderung, die Integration sowie den Schutz von Flüchtlingen und die Bekämpfung von Ausgrenzung und Rassismus nicht länger durch Einzelmaßnahmen zu regeln. Erforderlich ist eine – gemeinsam mit den gesellschaftlichen Organisationen entwickelte – Strategie zur nachhaltigen Gestaltung der Migrations-, Integrations- und Antirassismuspolitik.“

Das Positionspapier des DGB „Partizipation statt Ausgrenzung – Forderungen an die künftige Regierungspolitik zu Migration, Integration und Antirassismus“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/bw09_positionspapier

KOBLENZ AKTIV

Mehr MigrantInnen in öffentliche Verwaltung

Der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Verwaltungen ist bekanntlich sehr niedrig. Die Stadt Koblenz möchte das aktiv verändern. In jede Stellen-

ausschreibung wird von nun an folgende Passage eingefügt:

„Die Stadt Koblenz möchte die Anzahl der Beschäftigten mit ausländischer Herkunft steigern. Wir würden uns daher freuen, wenn sich auch Menschen mit Migrationshintergrund von unserem Stellenangebot angesprochen fühlen.“

SONNTAGSFRAGE

So würden Zuwanderer aus der Türkei wählen

CDU/CSU	10,1 %
SPD	55,5 %
Grüne	23,3 %
Linke	9,4 %
FDP	0,9 %
sonstige	0,7 %

Das Institut Data 4U, das auf dem Bereich der Markt- und Meinungsforschung in ethnisch orientierten Zielgruppen aktiv ist, hat im März

2009 Zuwanderern mit türkischem Hintergrund die so genannte Sonntagsfrage gestellt. In dieser Gruppe verfügt die SPD über eine absolute Mehrheit. Basis der Umfrage ist eine Erhebung unter 2.999 türkischstämmiger Menschen im wahlberechtigten Alter von mindestens 18 Jahren. Von den Befragten besitzt rund ein Drittel die deutsche Staatsbürgerschaft. Insgesamt gibt es dem Institut zufolge etwa 690.000 Wahlberechtigte mit türkischem Hintergrund.

RÜCKFALL IN DULDUNG DROHT

PRO ASYL fordert Überarbeitung der Bleiberechtsregelung

Die Menschenrechtsorganisation PRO ASYL fordert eine umfassende Überarbeitung der Bleiberechtsregelung für die langjährig Geduldeten. Als das Bleiberecht 2007 beschlossen wurde, war noch nicht absehbar, dass Deutschland sich heute in einer der größten Wirtschaftskrisen der Nachkriegsgeschichte befinden würde. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt – so PRO ASYL – bekommen nicht zuletzt die ehemals Geduldeten massiv zu spüren. Dennoch halte die Politik an überzo-

genen Anforderungen an die eigenständige Lebensunterhaltssicherung fest. Dies könnte Ende 2009 für tausende den Rückfall in die Kettenuldung – und damit die Gefahr der Abschiebung ins Herkunftsland – bedeuten.

Von ca. 35.000 Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis nach der Altfallregelung erhalten haben, wurde diese in 80 Prozent der Fälle nur auf Probe erteilt. Das heißt, dass sie für den Fall, dass ihnen die eigenständige Lebensunterhaltssicherung bis Ende des Jahres 2009 nicht gelingt, mit der Zurückstufung in die Duldung rechnen müssen.

MIGRATION ALS CHANCE

Positionen und Anregungen der GEW

Das Zusammenleben verschiedener Kulturen, Sprachen und Nationen als eine selbstverständliche Herausforderung moderner Gesellschaften sowie als kultureller, sozialer und ökonomischer Reichtum wird auch in Deutschland oft immer noch nicht hinreichend erkannt. In den öffentlichen Debatten wird Migration leider allzu oft als „Belastung“ oder „Bedrohung“ dargestellt. Mit diesem Zusammenhang setzt sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in einer vor Kurzem erschienenen Broschüre auseinander. Darin enthalten ist ein Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands, der der Broschüre insgesamt auch den Namen gegeben hat: „Mig-

ration als Chance“. Darin sind die grundlegenden Positionen der GEW dargestellt. Dazu kommen zwei Positionspapiere zu den Themen „Sprachförderung in Kindertagesstätten und Schule“ sowie „Heterogenität und Migration als Chance der berufsbildenden Schule“. Den Abschluss bilden Hinweise auf Aktivitäten und Initiativen der GEW zum Thema Migration und Integration. Die Broschüre soll aus Sicht der GEW dazu beitragen, dass Einwanderer und ihre Kinder gleiche Chancen bekommen und Migration als „ihre“ Chance erleben.

Die Broschüre „Migration als Chance“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/migration_als_chance

ZUR BUNDESTAGSWAHL: EINWANDERER/INNEN BENÖTIGEN RECHTLICHE SICHERHEIT

KOMMENTAR

Hiltrud Stöcker-Zafari, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Die globale Wirtschaftskrise hinterlässt ihre Spuren im Wahljahr. Maßnahmen und Stärkung der Konjunktur stehen im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Diese Situation verengt den Blick. Insbesondere integrations- und migrationspolitische Fragen geraten stärker an den Rand. Dabei sind gerade diese von entscheidender Bedeutung für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft.

Eine zukünftige Bundesregierung hat Rahmenbedingungen für die Gestaltung von Einwanderung und die Förderung von Integration zu schaffen – damit tut sie sich schwer.

In der Familienpolitik werden binationale und eingewanderte Familien kaum mitbedacht, obgleich sie (laut Mikrozensus) rund 20 % der Haushalte in Deutschland stellen. Rechtliche Rahmenbedingungen, die entscheidend für ihre Lebensgestaltung sind, werden weiterhin ordnungs- und sicherheitspolitischen Aspekten unterstellt.

So wurde der Ehegattennachzug erschwert, wonach deutsche Sprachkenntnisse vor der Einreise nachzuweisen sind – eine oftmals unerfüllbare und unverhältnismäßig hohe Hürde und damit familienpolitisch nicht tragbar. Ebenso schwierig ist die Anforderung an die finanzielle Lebensunterhaltssicherung, denn ein langfristiges Arbeitsverhältnis ist kaum zu erlangen – schon gar nicht in der aktuellen Wirtschaftskrise.

Und Angehörige aus dem Ausland können kaum noch zu Besuch kom-

men. Aus Furcht, der Besuch könne einwandern, werden Besuchervisa trotz Verpflichtungserklärung sowie weiterer Nachweise äußerst restriktiv erteilt – obgleich niemand bestreiten wird, dass zu einem normalen Familienleben gegenseitige Besuche gehören.

Vielen Familien wurde mit der Bleiberechtsregelung geholfen, die sie aus den so genannten Kettenduldungen herausholte. Dies war ein erster wichtiger Schritt, um Sicherheit für die weitere Lebensgestaltung zu bekommen. Vielen von ihnen droht nun ein Rückfall in die Duldung und damit in unsichere rechtliche Lebensumstände.

Familien benötigen den realen Zugang zum Arbeitsmarkt, um die Möglichkeit zur Lebensunterhaltssicherung aus eigenen Kräften zu haben. Nur schleppend werden die gravierenden Mängel in der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse angegangen. Bereits vorhandene Ressourcen bleiben somit ungenutzt und gehen womöglich verloren. Darüber hinaus fehlt nach wie vor ein tragfähiges Gesamtkonzept für die Erwerbstätigenzuwanderung.

Warum tut sich die deutsche Politik so schwer? Jahrzehnte wurde politisch verkündet, dass Deutschland kein Einwanderungsland ist. Dies hat sich geändert. Es wird akzeptiert, dass Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden ist und infolgedessen wird Integration als eine bedeutende Aufgabe und Herausforderung angesehen. An vielen Stellen ist dies bemerkbar. Der Integrationsgipfel sowie die Deutsche Islamkonferenz sind ein Zeichen für diese Veränderung.

Das Umdenken hat sich allerdings noch nicht in der rechtlichen Praxis durchgesetzt. Hier haben die alten Konzepte der Abwehr von Migranten/innen und Flüchtlingen Bestand. Rechtliche Regelungen strapazieren somit nicht selten menschenrechtliche und verfassungsrechtliche Vorgaben – und verletzen sie an manchen Stellen, wie z.B. beim Familiennachzug. Der rechtliche Rahmen für Migranten/innen und für Flüchtlinge muss sich folglich ändern. Er ist den Erfordernissen einer Einwanderungsgesellschaft anzugleichen unter Beachtung einer nachhaltigen und menschenrechtskonformen Integrationspolitik. An dieser Stelle ist die zukünftige Bundesregierung gefordert.



GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Europäischer Integrationsfonds

IMPRESSUM



**DGB
BILDUNGSWERK** BUND

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich